



Rabattaktion für Industrie geht weiter

Rabattaktion für Industrie geht weiter
Bund-Länder Kompromiss lässt wesentliche Baustellen außer Acht
Anlässlich des gestrigen Energiegipfels von Bundesregierung und Ministerpräsidenten der Ländern zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes merkt der WWF kritisch an, dass die Intervention der Länderchefs zwar für einige wichtige Verbesserungen gesorgt hat, zentrale Mängel jedoch nicht behoben worden seien. "Das Problem der Industrierabatte als Preistreiber der Ökostromumlage bleibt weiter unangetastet. Mit falschen Subventionen gefährdet die Bundesregierung die Akzeptanz des EEG," sagt Regine Günther, Leiterin des Fachbereichs Klima und Energie beim WWF Deutschland.
Eine entscheidende Änderung zu den bisherigen Entwürfen ist, dass bei Windkraftanlagen das sogenannte Repowering nicht die vorgesehenen Ausbaugrenzen angerechnet werden soll. Damit wird der Ersatz alter Windräder durch leistungsstärkere neue Technik nicht in die geplante Begrenzung von jährlich durchschnittlich 2500 Megawatt Windkraftausbau an Land eingerechnet. Dies begrüßt der WWF. Beim Thema Biomasse bleibt der Ausbau von Neuanlagen auf 100 MW jährlich begrenzt, es wird jedoch ein Zubau von Leistung für Bestandsanlagen gestattet, so fern dieser zur Flexibilisierung der Anlage beiträgt. Damit eröffnet sich Biogasproduzenten eine "letzte Chance" für eine ökologische Entwicklung der Branche durch eine Umstellung auf eine nachhaltigere Substratbasis und eine bedarfsgerechte Stromeinspeisung.
Schwachpunkt bleibt für den WWF das Thema der Industrierabatte. Im Jahr 2014 werden laut Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle rund 2.100 Unternehmen weitgehend von der Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien befreit. Das sind rund 400 Unternehmen mehr als im Vorjahr, darunter Fleisch- und Wurstbetriebe und Schokofabriken. Wirtschaftsminister Gabriel hat aller Voraussicht nach bei der EU-Kommission auch für die Zukunft Ausnahmen für 65 Branchen erwirkt. Dies ist laut WWF nicht zielführend. Der Umweltverband schlägt für die Befreiung von der EEG-Umlage Strompreiskompensationsliste des europäischen Emissionshandelssystems als Grundlage vor. Denn sie umfasst lediglich 15 Branchen, die im internationalen Wettbewerb stehen.
Doch die Industrierabatte gehen darüber hinaus. Der in industrieeigenen Kraftwerken für den Eigenverbrauch produzierte Strom ist ebenfalls weitgehend von der Umlage zur Finanzierung der erneuerbaren Energien ausgenommen, die nahezu komplette Befreiung von Zahlungen zu Stromsteuer, Konzessionsabgaben und Netzentgelten lassen die monetären Vorteile auf mehrere Milliarden Euro für die Industrie anwachsen. "Damit zahlen weiterhin die nicht-privilegierten Verbraucher für die große Industrie. Eine Bundesregierung, die auf Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich setzt, darf das nicht dulden", so Günther. Der nun vorliegende Gesetzentwurf sollen am 8. April im Kabinett verabschiedet werden.
World Wide Fund For Nature (WWF)
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 311777-0
Telefax: 030 311777-199
Mail: info(at)wwf.de
URL: http://www.WWF.de

Pressekontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

WWF.de
info(at)wwf.de

Firmenkontakt

World Wide Fund For Nature (WWF)

10117 Berlin

WWF.de
info(at)wwf.de

Der WWF will die Umwelt entlasten und er braucht finanzielle Mittel für den Naturschutz. Um diese Ziele zu erreichen, können Unternehmen wichtige Partner sein. Es gibt unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit. Sie reichen von Firmenspenden und Sponsoring-Maßnahmen über Lizenzkooperationen bis hin zu strategischen Kooperationen. Unser Ziel ist es, Gelder von Unternehmen in den Naturschutz umzuleiten. Aus diesem Grund arbeitet der WWF mit kleinen, mittleren und großen Unternehmen zusammen, die die Ziele des WWF unterstützen. Jede Kooperation ist individuell. Zu unseren Grundsätzen gehört es, konstruktiv und lösungsorientiert zu agieren, aber auch ein kritischer Sparringpartner zu sein. Ein wichtiger Baustein der Zusammenarbeit ist stets die Förderung des Umweltbewusstseins bei Kunden, Mitarbeitern und anderen Interessengruppen. Auch die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage bestätigen unser Handeln: Drei Viertel der Bevölkerung befürworten eine finanzielle Unterstützung des WWF durch Unternehmen (76%). Durch strategische Kooperationen mit wichtigen Wirtschaftsträgern nimmt der WWF Einfluss auf die Förderung von ökologisch nachhaltigem wirtschaftlichem Handeln. Wir arbeiten mit Unternehmen zusammen, um sie zu verändern. Die Wirtschaft schätzt den WWF als kompetenten, verlässlichen aber unabhängigen Partner, weil er wichtige Probleme anspricht und innovative Lösungswege aufzeigt. Jahr für Jahr erfreut sich der WWF einer wachsenden Zahl von Unterstützern. Immer mehr Menschen empfinden es als selbstverständlich, wo immer nötig der bedrängten Natur und Umwelt zu helfen. Sie sehen im WWF einen sachverständigen, lösungsorientierten arbeitenden Partner. Insgesamt wurden 54,3 Millionen Euro für Projekte, satzungsgemäße Kampagnen und Aufklärungsarbeit, Fördererbetreuung und -gewinnung sowie allgemeine Verwaltung verwendet. Der Anteil der Ausgaben für die allgemeine Verwaltung lag im abgelaufenen Geschäftsjahr bei fünf Prozent. Insgesamt wurden 2,8 Millionen Euro für die Finanz- und Personalverwaltung, die Büroorganisation sowie die IT-Administration aufgewendet. Hier konnten Einsparungen in Höhe von rund 160.000 Euro realisiert werden. Über 438.000 Menschen ? mehr als je zuvor ? haben zum Ende des Jahres 2011 auf diese Weise ihre Überzeugung zum Ausdruck gebracht und zu rund 60 Prozent der Gesamteinnahmen verholfen, das zeigt der aktuelle Jahresbericht des WWF. Die Jahreseinnahmen bei Spenden und Erbschaften betragen 32,1 Millionen Euro in 2011/12. Dies bedeutet ein Wachstum von drei Prozent gegenüber 2010/11. Im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres beschäftigte der WWF Deutschland an seinen drei Standorten (Berlin, Frankfurt, Hamburg) und in den vier Projektbüros (Dessau, Stralsund, Mölln und Husum) 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 122 Vollzeitkräfte. Im Vergleich zu 2011 (171 Mitarbeiter) entspricht das einem Zuwachs von neun Prozent. Der Anteil der Mitarbeiterinnen beträgt 68 Prozent.